



Frau Präsidentin  
des Nationalrates  
Doris Bures  
Parlament  
1017 Wien

ZI. LE.4.2.4/0151-RD 3/2017

Wien, am 14. September 2017

Gegenstand: Schriftl. parl. Anfr. d. Abg. z. NR Leopold Steinbichler, Kolleginnen und Kollegen vom 17.07.2017, Nr. 13928/J, betreffend "Geoengineering"

Auf die schriftliche parlamentarische Anfrage der Abgeordneten Leopold Steinbichler, Kolleginnen und Kollegen vom 17.07.2017, Nr. 13928/J, teile ich Folgendes mit:

Zu den Fragen 1 und 2 sowie 7 und 8:

Für Aluminium, Bor, Barium und Strontium existieren in der EU und daher in Österreich keine gesetzlichen Grenzwerte für die Konzentration in der Außenluft, im Feinstaub oder im Staubbiederschlag. Daher erfolgen keine österreichweiten Messungen.

Zu den Fragen 3 und 4:

Bei Schadstoffuntersuchungen in Böden stehen verbreitete toxische Schwermetalle und persistente organische Verbindungen im Fokus. Zu Aluminium, Bor, Barium und Strontium finden sich in der BORIS-Bodendatenbank des Bundes und der Länder im Umweltbundesamt vereinzelt Bodenmessungen, es handelt sich dabei aber um unterschiedliche – auch räumlich sehr heterogene – Messprojekte, die oft älter als 20 Jahre sind.



Zu den Fragen 5 und 6:

Seit 1972 werden im Rahmen des Österreichischen Messnetzes für Isotope (ANIP) regelmäßige Regenwasseruntersuchungen durchgeführt. Hierbei werden unter anderem von 56 Niederschlagsmessstellen monatlich Wasserproben für die Isotopenanalytik entnommen, für die im unterschiedlichen Umfang die Bestimmung der Sauerstoff-18- und Deuteriumgehalte sowie der Tritium-Konzentrationen erfolgt. Regelmäßige Messungen von Aluminium, Bor, Barium und Strontium werden hierbei nicht durchgeführt.

Neben dem ANIP wird Regenwasser auch immer wieder im Rahmen von Sonderprojekten untersucht. Hier sind es vor allem organische Schadstoffe und die üblichen Schwermetalle (wie z.B. Aluminium).

Die im Rahmen der Gewässerzustandsüberwachungsverordnung (GZÜV) erhobenen und qualitätsgeprüften Isotopendaten sind über das Wasser-Informationssystem Austria (WISA) und über die H2O-Fachdatenbank im Internet abrufbar: [wisa.bmlfuw.gv.at](http://wisa.bmlfuw.gv.at)

Zu den Fragen 9 bis 11:

Der Beantwortung der Frage wird die Definition des Begriffs „Geoengineering“ des Weltklimarats (IPCC) zugrunde gelegt:

„Geoengineering ist ein Satz von Methoden und Technologien, die absichtlich das Ziel verfolgen, das Klimasystem derart zu verändern, dass die Auswirkungen des Klimawandels verringert werden. Die meisten der diskutierten Methoden streben entweder

- eine Reduktion der Menge an absorbierte Sonnenenergie im Klimasystem an oder
- eine Netto-Kohlenstoffsенke aus der Atmosphäre in einer Größenordnung, die ausreicht, um das Klima zu verändern.“

Zu ersterem wäre beispielsweise die Idee des Einbringens von Schwefeldioxid in die Stratosphäre in großem Maßstab zur erhöhten Reflexion des Sonnenlichts zu zählen, zu zweiterem beispielsweise die Abscheidung von CO<sub>2</sub> aus der Atmosphäre und Einbringung in geologische Lagerstätten oder auch eine sehr großräumige Aufforstung.

Das BMLFUW ist weder in derartige Geoengineering-Projekte eingebunden, noch werden seitens des BMLFUW entsprechende Förderungen vergeben und es sind auch keine derartigen Projekte in Österreich bekannt.

Festgehalten werden muss, dass die in der Anfrage genannten Forschungsprojekte weder vom Forschungsziel darauf ausgerichtet sind, das Klima zu verändern, noch vom Umfang her eine Änderung des Klimasystems bewirken könnten. Die Verwendung des Begriffs Geoengineering ist in diesem Zusammenhang daher irreführend.

Zu Frage 12:

Das Thema „Chemtrails“ ist dem Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft seit längerem bekannt und wurden dazu bereits 2004 entsprechende Recherchen angestellt mit dem Ergebnis, dass dazu keine wie auch immer gearteten Hinweise, geschweige denn Beweise betreffend das Versprühen von Substanzen zum Schutz des Klimas vorliegen.

Auch für das UBA Dessau (Umweltbundesamt der Republik Deutschland) ergaben sich nach vergleichbaren Recherchen keine Hinweise auf die Durchführung derartiger Versuche. Es wird zwar aufgezeigt, dass es im wissenschaftlichen Bereich verschiedene theoretische Überlegungen gibt, zum Schutz des Klimas unterschiedliche Stoffe in die Atmosphäre einzubringen, welche jedoch als nicht ausgereift und hinsichtlich schädlicher Folgeerscheinungen als nicht abschätzbar angesehen werden.

Der Bundesminister

